

Grundordnung der Technischen Universität München

Vom 21. August 2007

in der Fassung der Achten Änderungssatzung vom 27. Dezember 2017

Auf Grund des Art. 13 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl. S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362), und des Art. 1 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über den „Technische Universität München – Campus Straubing für Biotechnologie und Nachhaltigkeit“ (Campus-Straubing-Gesetz – CSG) vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 386, BayRS 2211-3-K) erlässt die Technische Universität München folgende Grundordnung.

Vorbemerkung

Alle Personenbezeichnungen in dieser Grundordnung beziehen sich ungeachtet ihrer grammatikalischen Form in gleicher Weise auf Frauen und Männer.

Inhaltsübersicht

Erster Teil

- § 1 Gliederung der Universität
- § 2 Gleichstellung

Zweiter Teil: Leitung der Hochschule

- § 3 Hochschulpräsidium
- § 4 Präsident
- § 5 Wahl des Präsidenten
- § 6 Wahl der Geschäftsführenden Vizepräsidenten
- § 7 Erweitertes Hochschulpräsidium

Dritter Teil

- § 8 Kuratorium

Vierter Teil: Organe und Gremien

- § 9 Hochschulrat
- § 10 Senat
- § 11 Wahl des Dekans
- § 12 Fakultät für Medizin
- § 13 Wahl des Prodekan
- § 14 Studiendekan
- § 15 Fakultätsrat
- § 16 Studienfakultäten
- § 17 Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter

Fünfter Teil

- § 18 TUM Distinguished Affiliated Professors
- § 19 Gastprofessoren und Gastwissenschaftler
- § 20 Alumni
- § 21 Mitglieder der TUM Graduate School, Stipendiaten
- § 21a Mitglieder der TUM School of Governance
- § 21b Zweitmitgliedschaft der dem TUMCS zugeordneten Professoren
- § 22 Ombudsfrau/Ombudsmann
- § 23 Frauenbeauftragte
- § 24 Beauftragter für Studierende mit Behinderung

Sechster Teil: Studierendenvertretung

- § 25 Fachschaftenrat
- § 26 Vorsitzender und Referenten des Fachschaftenrates
- § 27 Fachschaftsvertretung

Siebter Teil

- § 28 Mitwirkung in Berufungsausschüssen
- § 29 Ordnungen
- § 30 Inkompatibilität

§ 31 Verfahrensbestimmungen

§ 32 Bibliothek

Achter Teil

§ 33 In-Kraft-Treten

Erster Teil

§ 1

Gliederung der Universität

- (1) Die Technische Universität München (TUM) gliedert sich in den Zentralbereich und die Fakultäten.
- (2) Fakultäten der TUM sind die Fakultäten (für)
 1. Mathematik (MA)
 2. Physik (PH)
 3. Chemie (CH)
 4. Wirtschaftswissenschaften (WI)
 5. Ingenieur fakultät Bau Geo Umwelt (BGU)
 6. Architektur (AR)
 7. Maschinenwesen (MW)
 8. Elektrotechnik und Informationstechnik (EI)
 9. Informatik (IN)
 10. Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt (WZW)
 11. Medizin (ME)
 12. Sport- und Gesundheitswissenschaften (SG)
 13. TUM School of Education (EDU)
 14. TUM School of Governance (GOV)
- (3) Im Zentralbereich nehmen die folgenden Integrativen Forschungszentren (Integrative Research Centers) Aufgaben in Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung mit interdisziplinärer und fakultätsübergreifender Schwerpunktsetzung wahr:
 1. TUM Institute for Advanced Study (IAS)
 2. Technische Universität München – Campus Straubing für Biotechnologie und Nachhaltigkeit (TUMCS)
 3. Munich School of Engineering (MSE)
 4. Munich Center for Technology in Society (MCTS)
 5. Munich School of Bioengineering (MSB)
 6. Munich School of Robotics and Machine Intelligence (MSRM).

- (4) Promotionsführende Einrichtungen im Sinne der Promotionsordnung sind alle Fakultäten gemäß Abs. 2 und die Integrative Research Centers gemäß Abs. 3 Nr. 2 bis 6.

§ 2

Gleichstellung

- (1) ¹Die TUM ist der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie der ausgewogenen Förderung der Vielfalt der Talente verpflichtet. ²Hierbei orientiert sich die TUM an den internationalen besten Standards.
- (2) ¹Gleichstellungsaspekte werden in der hochschulpolitischen Strategie sowie bei den Entscheidungen der Universität und ihrer Gliederungseinheiten gemäß § 1 berücksichtigt. ²Im übrigen gilt das Leitbild der TUM.
- (3) Die Umsetzung der Gender- und Diversity-Maßnahmen wird einer regelmäßigen Qualitätssicherung unterzogen.

Zweiter Teil

Leitung der Hochschule

§ 3

Hochschulpräsidium

¹Die Technische Universität München wird durch ein Hochschulpräsidium geleitet. ²Das Hochschulpräsidium setzt sich zusammen aus

1. dem Präsidenten,
2. fünf gewählten Geschäftsführenden Vizepräsidenten (Senior Vice Presidents) im Sinne von Art. 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG,
3. dem Kanzler (Senior Vice President Administration & Finance).

³Einem Präsidiumsmitglied nach § 3 Satz 2 Nr. 2 obliegt der Geschäftsbereich „Gender & Diversity“. ⁴Das Hochschulpräsidium kann im Sinne von Art. 20 Abs. 5 BayHSchG ihm obliegende Aufgaben auf bestellte Vizepräsidenten (Vice Presidents) übertragen, die der Präsident auf 3 Jahre ernennt. Wiederbestellung ist möglich.

§ 4 Präsident

- (1) Der Präsident führt im Amt den Ehrentitel „Magnifizenz“.
- (2) ¹Bei Verhinderung wird der Präsident durch die von ihm im Benehmen mit den weiteren Mitgliedern des Hochschulpräsidiums bestimmte ständige Vertretung vertreten. ²In Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten einschließlich Haushalts-, Bau- und Personalangelegenheiten wird der Präsident durch den Kanzler vertreten.

§ 5 Wahl des Präsidenten

- (1) ¹Die Amtszeit des Präsidenten beträgt zwölf Semester einschließlich des Semesters, in dem die Bestellung wirksam wird. ²Wiederwahl ist zulässig.
- (2) ¹Die Leitung der Wahl obliegt dem Vorsitzenden des Hochschulrates. ²Ort und Zeit der Wahl werden vom Vorsitzenden des Hochschulrates festgesetzt. ³Die Wahl des Präsidenten soll spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit stattfinden.
- (3) Das Amt des Präsidenten wird spätestens zwei Monate vor dem Wahltermin öffentlich ausgeschrieben.
- (4) ¹Auf Grundlage der Vorschläge und der Bewerbungen erstellen die Vorsitzenden des Senats und des Hochschulrates eine Vorschlagsliste, die mehrere Personen enthalten soll, ohne unter diesen eine Rangordnung herzustellen. ²Personen, die in die Vorschlagsliste aufgenommen werden, haben das schriftliche Einverständnis mit der Kandidatur vorzulegen, sofern sie sich nicht beworben haben; die Zustimmung verpflichtet nicht zur Annahme der Wahl. ³Die Vorschlagsliste ist dem Fachschafftenrat und dem Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Kenntnis zu geben.
- (5) ¹Die Mitglieder des Hochschulrates sind spätestens drei Wochen vor der Wahl schriftlich zu laden. ²Die Vorschlagsliste ist der Ladung beizufügen.

- (6) ¹Die Mitglieder des Hochschulrates erhalten die Möglichkeit, sich über die von Vorsitzenden des Senats und des Hochschulrates Vorgeschlagenen zu informieren und in die Bewerbungsunterlagen Einsicht zu nehmen. ²Der Vorsitzende des Hochschulrates lädt mindestens eine Woche vor der Wahl die Mitglieder des Hochschulrates zu einer Sitzung ein, in der er sie über die Vorgeschlagenen informiert und den Vorgeschlagenen Gelegenheit zur Vorstellung und zu einem Gespräch mit den Mitgliedern des Hochschulrates gibt. ³Der Fachschafftenrat und der Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiter benennen jeweils einen Vertreter, der sich gemäß Satz 1 über die Vorgeschlagenen informieren kann und an der Sitzung gemäß Satz 2 teilnehmen kann.
- (7) ¹Vor Beginn der Wahlhandlung stellt der Leiter der Wahl die Beschlussfähigkeit, die Anzahl der anwesenden Wahlberechtigten und die Anzahl der gültigen Stimmrechtsübertragungen fest. ²Die Wahl ist geheim und erfolgt durch Stimmzettel. ³Kandidat ist, wer auf der Vorschlagsliste steht. ⁴Es wird ohne Aussprache und Befragung der Kandidaten gewählt.
- (8) ¹Vor Eintritt in die Wahl beschließt der Hochschulrat in geheimer Abstimmung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen über die Annahme der Vorschlagsliste; Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen gelten nicht als abgegebene Stimmen. ²Wird die Vorschlagsliste abgelehnt, so gilt die Wahl als nicht zustande gekommen; das Verfahren ist nach den Absätzen 2 bis 12 unverzüglich zu wiederholen.
- (9) ¹Gewählt ist der Kandidat, der die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Hochschulrates erhält. ²Erhält kein Kandidat im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit, so erfolgt ein zweiter Wahlgang. ³Im zweiten Wahlgang wird über die beiden Kandidaten abgestimmt, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben. ⁴Erhält im zweiten Wahlgang keiner der beiden Kandidaten die erforderliche Mehrheit gemäß Satz 1, erfolgt ein dritter Wahlgang, der wie der zweite Wahlgang durchgeführt wird.

- (10) Besteht die Vorschlagsliste aus nur einem Kandidaten, so wird nur ein Wahlgang durchgeführt.
- (11) Erhält keiner der Kandidaten die erforderliche Mehrheit, so ist das Verfahren nach den Absätzen 3 bis 10 unverzüglich zu wiederholen.
- (12)¹Der Gewählte hat gegenüber dem Vorsitzenden des Hochschulrates innerhalb einer Woche vom Zeitpunkt der Benachrichtigung an schriftlich zu erklären, ob er die Wahl annimmt. ²Liegt binnen dieser Frist die schriftliche Erklärung nicht vor, gilt die Wahl als abgelehnt. ³Lehnt der Gewählte die Wahl ab, so ist das Verfahren nach den Absätzen 3 bis 12 unverzüglich zu wiederholen.

§ 6

Wahl der Geschäftsführenden Vizepräsidenten

- (1) ¹Die Leitung der Wahl obliegt dem Vorsitzenden des Hochschulrates. ²Ort und Zeit der Wahl werden rechtzeitig vom Vorsitzenden des Hochschulrates festgesetzt.
- (2) ¹Geschäftsführende Vizepräsidenten können hauptberuflich tätig sein. ²Die Entscheidung hierüber trifft das Hochschulpräsidium.
- (3) ¹Die Amtszeit der Geschäftsführenden Vizepräsidenten beträgt sechs Semester, einschließlich des Semesters, in dem die Bestellung wirksam wird. ²Wiederwahl ist zulässig. ³Bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt wird die Ergänzungswahl für eine vollständige Amtszeit durchgeführt.
- (4) ¹Das Amt der Geschäftsführenden Vizepräsidenten wird spätestens zwei Monate vor dem Wahltermin hochschulweit ausgeschrieben. ²Der vorgesehene Aufgabenbereich soll in der Ausschreibung definiert sein. ³Die Bewerbungsfrist beträgt vier Wochen.
- (5) ¹Für die Geschäftsführenden Vizepräsidenten finden getrennte Wahlgänge statt. ²Das Verfahren für die Wahl des Präsidenten nach § 5 Abs. 5 und 7 bis 12 gilt für die Wahl jedes Geschäftsführenden Vizepräsidenten entsprechend.

§ 7

Erweitertes Hochschulpräsidium

Neben den Mitgliedern gemäß Art. 24 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG gehören dem Erweiterten Hochschulpräsidium als stimmberechtigte Mitglieder an:

1. der Sprecher der Studiendekane (§ 14 Abs. 3),
2. der Graduate Dean der TUM-Graduate School als Vertreter der zentralen Einrichtungen; er wird vom Kreis der Sprecher der thematischen Graduiertenzentren und der Fakultätsgraduiertenzentren der TUM-Graduate School gewählt; der Graduate Dean muss hauptamtlicher, unbefristet beschäftigter Professor der TUM sein; er wird vom Hochschulpräsidium für die Dauer von drei Jahren bestellt; Wiederbestellung ist zulässig.

Dritter Teil

§ 8

Kuratorium

- (1) ¹Zur Unterstützung der Interessen der Technischen Universität München in der Öffentlichkeit sowie zur Beratung und Förderung der Technischen Universität München in ihrer Arbeit wird ein Kuratorium gebildet. ²Es fördert die Aufgabenerfüllung durch die Hochschule.
- (2) Dem Kuratorium gehören bis zu 25 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Politik an, die den Anliegen der Technischen Universität München besonders verbunden sind.
- (3) ¹Die Mitglieder werden auf Vorschlag des Erweiterten Hochschulpräsidiums vom Hochschulrat für die Dauer von vier Jahren bestellt. ²Wiederbestellung ist möglich. ³Eine Vertretung ist unzulässig.
- (4) Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.
- (5) Der Vorsitzende beruft das Kuratorium in jedem Kalenderjahr zu mindestens einer Sitzung ein.

- (6) Das Kuratorium kann sich eine Geschäftsordnung geben.

Vierter Teil Organe und Gremien

§ 9 Hochschulrat

Bis zur Wahl eines Vorsitzenden gemäß Art. 26 Abs. 4 Satz 1 BayHSchG obliegen Ladung und Sitzungsleitung dem ältesten Mitglied des Hochschulrates.

§ 10 Senat

- (1) Die Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayHSchG) aller Fakultäten wählen gemeinsam die Vertreter der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen im Senat.
- (2) Die Wahl der Vertreter der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen ist entsprechend einer Hochschule durchzuführen, die nicht in Fakultäten gegliedert ist.
- (3) ¹Abweichend von § 11 Abs. 4 Satz 1 und Satz 3 Halbsatz 2 der Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) vom 16. Juni 2006 (GVBl S. 338, BayRS 2210-1-1-2-WFKM) in der jeweils geltenden Fassung kann die wahlberechtigte Person bei den Wahlen zum Senat innerhalb der ihr zustehenden Stimmenzahl ihre Stimmen Bewerbern und Bewerberinnen auch aus verschiedenen Wahlvorschlägen geben (Panaschieren). ²§ 11 Abs. 4 Satz 6 BayHSchWO ist entsprechend anzuwenden. ³§ 13 Abs. 2 Satz 2 Nr. 7 Alternative 2 BayHSchWO findet keine Anwendung. ⁴Art. 35 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz (GLKrWG) gilt sinngemäß.
- (4) Bis zur Wahl eines Vorsitzenden gemäß Art. 25 Abs. 2 BayHSchG obliegen Ladung und Sitzungsleitung dem ältesten Mitglied des Senats.

§ 11 Wahl des Dekans

- (1) ¹Das Amt des Dekans kann auch hauptamtlich wahrgenommen werden. ²Die Entscheidung hierüber trifft das Hochschulpräsidium im Einvernehmen mit dem Fakultätsrat bis spätestens zwei Monate vor Schließung des Wählerverzeichnisses.
- (2) ¹Die Amtszeit des Dekans beträgt sechs Semester einschließlich des Semesters, in dem die Bestellung wirksam wird. ²Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Die Wahl des Dekans findet mit den Hochschulwahlen vor Ablauf der Amtszeit des amtierenden Dekans statt.
- (4) ¹Der Dekan wird von den Mitgliedern der Fakultät aus dem Kreis der Professoren der Fakultät unmittelbar gewählt. ²Durch Beschluss des Fakultätsrats kann festgelegt werden, dass für eine bestimmte Amtszeit als Dekan auch wählbar ist, wer nicht Mitglied der Fakultät ist; in diesem Fall beträgt die Amtszeit abweichend von § 11 Abs. 2 Satz 1 zehn Semester einschließlich des Semesters, in dem die Bestellung wirksam wird.
- (5) Jedes Mitglied des Fakultätsrates kann für die Wahl des Dekans Kandidaten vorschlagen.
- (6) ¹Auf Grundlage der Vorschläge erstellt der Fakultätsrat eine Vorschlagsliste, die mehrere Kandidaten enthalten soll. ²Der Fakultätsrat beschließt in geheimer Abstimmung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen über die Annahme der Vorschlagsliste. ³Er legt die angenommene Vorschlagsliste dem Hochschulpräsidium zur Erteilung des Einvernehmens vor.
- (7) ¹§ 5 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend. ²Die Vorschlagsliste ist der Fachschaftsvertretung und dem Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Kenntnis zu geben. ³Befinden sich auf der Vorschlagsliste Kandidaten, die keine Mitglieder der Fakultät sind (vgl. Abs. 4 Satz 2), erhalten die wahlberechtigten Mitglieder der Fakultät die Möglichkeit, sich in geeigneter Weise über die vorgeschlagenen Kandidaten zu informieren; alle vorgeschlagenen Kandidaten erhalten auf entsprechen-

den Wunsch die Gelegenheit, sich den wahlberechtigten Mitgliedern der Fakultät vorzustellen.

- (8) ¹Das Hochschulpräsidium beschließt über die Erteilung des Einvernehmens zu der vorgelegten Vorschlagsliste. ²Wird das Einvernehmen nicht erteilt, so ist das Verfahren nach den Absätzen 5 bis 7 unverzüglich zu wiederholen; die Entscheidung ist gegenüber dem Fakultätsrat zu begründen. ³Kommt nicht bis spätestens zwei Monate vor Schließung des Wählerverzeichnisses eine Vorschlagsliste zustande, erstellt der Senat die Vorschlagsliste auf Grundlage der Vorschläge nach Abs. 5; Abs. 7 gilt entsprechend.
- (9) ¹In geeigneten Fällen kann die Vorschlagsliste aus einem einzigen Vorschlag bestehen, wenn dieser Vorschlag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Fakultätsrates zustande kommt. ²Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält, im Fall des Satzes 1, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält; die insgesamt abgegebenen Stimmen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayHSchG), der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG), der sonstigen Mitarbeiter (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG) und der Studierenden werden im Verhältnis 6:2:1:2 gewichtet; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. ³Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, gelten die Regelungen der Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) entsprechend.
- (10) ¹Bei vorzeitigem Ausscheiden des Dekans aus dem Amt wird die Nachwahl bei den unmittelbar folgenden Hochschulwahlen für eine vollständige Amtszeit durchgeführt. ²Bis zu der Wahl übernimmt der Stellvertreter das Amt. ³Die Wahl des Nachfolgers in der Fakultät für Medizin erfolgt dagegen unmittelbar nach dem Ausscheiden des Dekans.

§ 12 Fakultät für Medizin

- (1) ¹Der Dekan der Fakultät für Medizin wird aus dem Kreis der Professoren der Fakultät vom

Fakultätsrat in dessen erster Sitzung gewählt. ²Durch Beschluss des Fakultätsrats kann festgelegt werden, dass für eine bestimmte Amtszeit als Dekan auch wählbar ist, wer nicht Mitglied der Fakultät ist; in diesem Fall beträgt die Amtszeit abweichend von § 11 Abs. 2 Satz 1 zehn Semester einschließlich des Semesters, in dem die Bestellung wirksam wird.

- (2) Die Wahl leitet der älteste anwesende Professorenvertreter im Fakultätsrat.
- (3) Jedes Mitglied des Fakultätsrates kann für die Wahl des Dekans Kandidaten vorschlagen.
- (4) § 5 Abs. 7 Sätze 1 bis 3 sowie Abs. 8, 9 und 10 gelten entsprechend.
- (5) An der Fakultät für Medizin wird ein Fakultätsvorstand gebildet.
- (6) ¹Dem Fakultätsvorstand gehören an
1. der Dekan,
 2. die Stellvertreter des Dekans,
 3. die Studiendekane,
 4. der Beauftragte für Forschungsförderung, der vom Fakultätsrat aus dem Kreis der hauptamtlichen Professoren gewählt wird,
 5. der Ärztliche Direktor des Klinikums rechts der Isar,
 6. der Kaufmännische Direktor des Klinikums rechts der Isar mit beratender Stimme.

²Der Dekan ist Vorsitzender des Fakultätsvorstandes. ³Er wird durch die Stellvertreter des Dekans in der bei der Wahl festgelegten Reihenfolge vertreten.

- (7) Der Fakultätsvorstand
1. ist für alle Angelegenheiten der Fakultät zuständig, für die nicht nach dieser Satzung oder aufgrund anderer Rechtsvorschriften eine anderweitige Zuständigkeit begründet ist;
 2. entscheidet über die Verteilung der Fakultätsmittel für die medizinischen Institute der Technischen Universität Mün-

chen, soweit sie nicht einer wissenschaftlichen Einrichtung, Betriebseinheit oder Professur der Fakultät zugewiesen sind;

3. stellt Grundsätze für die Verteilung und Verwendung der Mittel für Forschung und Lehre auf (Art. 13 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Universitätsklinikgesetzes);
 4. trifft Vereinbarungen für die Zusammenarbeit mit dem Klinikum rechts der Isar;
 5. erstellt einen Entwicklungsplan für die Fakultät unter Einbeziehung der Leitung der wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten sowie der Professoren der Fakultät.
- (8) Der Fakultätsvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 13

Wahl des Prodekans

- (1) ¹Der Stellvertreter des Dekans wird durch den Dekan aus dem Kreis der Professoren der Fakultät vorgeschlagen und durch den Fakultätsrat gewählt. ²Werden mehrere Stellvertreter gewählt, legt der Dekan die Vertretung im Fall einer Verhinderung fest.
- (2) Die Amtszeit des Prodekans beträgt sechs Semester, einschließlich des Semesters, in dem die Bestellung wirksam wird.
- (3) Die Wahl leitet der Dekan. § 5 Abs. 7 Sätze 1 bis 3 sowie Abs. 8, 9 und 10 gelten entsprechend.
- (4) In der Fakultät für Maschinenwesen werden zwei Prodekane gewählt.
- (5) In der Fakultät Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt werden drei Prodekane gewählt.
- (6) In der Fakultät für Medizin werden zwei Prodekane gewählt.

§ 14

Studiendekan

- (1) ¹Die Anzahl der Studiendekane in den Fakultäten und Studienfakultäten wird in Anhang 1

festgelegt. ²Werden an einer Fakultät oder Studienfakultät zwei oder mehr Studiendekane gewählt, werden die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche in Anhang 1 geregelt. ³Die Zuordnung von Studiengängen und Teilstudiengängen zu diesen Bereichen erfolgt bei ihrer Einrichtung und kann durch Beschluss des Hochschulpräsidiums im Benehmen mit der Fakultät oder Studienfakultät geändert werden.

- (2) Für die Wahl des Studiendekans gelten § 5 Abs. 7 Sätze 1 bis 3 sowie Abs. 8, 9 und 10 entsprechend.
- (3) Die Studiendekane und Studiendekaninnen arbeiten vertrauensvoll zusammen; sie bestellen im Einvernehmen mit dem Hochschulpräsidium einen Sprecher oder eine Sprecherin, der ihre Interessen im erweiterten Hochschulpräsidium wahrnimmt.
- (4) ¹Soweit möglich soll die Evaluierung der Lehre unter Berücksichtigung geschlechterspezifischer Aspekte erfolgen; der Studiendekan gewährt der Frauenbeauftragten der Fakultät Einsicht in die Unterlagen und holt gegebenenfalls ihren Rat ein. ²Der Lehrbericht ist der Leitung der Hochschule vorzulegen.
- (5) Der Studiendekan soll bei Angelegenheiten, die die Gruppe der Studierenden (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BayHSchG) betreffen, die Fachschaftsvertretung unterrichten und einen von der Fachschaftsvertretung benannten Vertreter anhören.

§ 15

Fakultätsrat

- (1) Die Verdoppelung der Zahl der Vertreter im Fakultätsrat gemäß Art. 31 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BayHSchG und die beratende Mitwirkung aller nicht entpflichteter Professoren gemäß Art. 31 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 BayHSchG wird in Anhang 2 zur Grundordnung festgelegt.
- (2) Die Verdoppelung der Vertreter im Fakultätsrat der Fakultät Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt gilt nicht für die Vertreter der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen

im Sinne des Art. 31 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BayHSchG.

§ 16 Studienfakultäten

- (1) Die Einrichtung von Studienfakultäten wird in Anhang 3 zu dieser Grundordnung geregelt.
- (2) Organe der Studienfakultät sind der Studienfakultätsrat und der Studiendekan.
- (3) Dem Studienfakultätsrat gehören an
 1. der Studiendekan,
 2. zwei Vertreter der Gruppe der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayHSchG),
 3. ein Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter,
 4. ein Vertreter der Studierenden,
 5. die Frauenbeauftragte der Fakultät mit beratender Stimme.
- (4) ¹Die Mitglieder des Studienfakultätsrates werden von den wahlberechtigten Mitgliedern der Studienfakultät für die Dauer von sechs Semestern gewählt. ²Der Vertreter der Studierenden wird für zwei Semester gewählt. ³Für die Wahl gelten die Regelungen zur Wahl des Fakultätsrates entsprechend.
- (5) ¹Der Studienfakultätsrat
 1. berät die Studien- und Prüfungsordnungen sowie die Studienpläne zur Vorlage an den Fakultätsrat,
 2. macht Vorschläge für die Vergabe von Lehraufträgen,
 3. berät alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung im Bereich Studium und Lehre der zur Studienfakultät gehörenden Studiengänge und unterbreitet Vorschläge an die zuständigen Gremien,
 4. nimmt neben dem Fakultätsrat den Lehrbericht des Studiendekans entgegen.

²Im Falle der Einrichtung einer fakultätsübergreifenden Studienfakultät ist im Rahmen der Einrichtung im Anhang 3 zur Grundordnung zu regeln, welcher Fakultätsrat die erforderlichen Beschlüsse fasst und in

welcher Fakultät die fakultätsbezogenen Mitgliedschaftsrechte wahrzunehmen sind; der Studiendekan einer fakultätsübergreifenden Studienfakultät gehört dem Fakultätsrat der in Anhang 3 bestimmten Fakultät mit beratender Stimme an.

- (6) ¹Der Studiendekan ist Vorsitzender des Studienfakultätsrates. ²Er sorgt für die vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der Studienfakultät und entscheidet über die Verwendung der Ressourcen der Studienfakultät. ³Zum Studiendekan einer Studienfakultät der Fakultät können alle Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen im Sinne von Art. 33 Satz 2 BayHSchG gewählt werden. ⁴Bei der Erstellung der Vorschlagsliste für die Wahl des Studiendekans einer fakultätsübergreifenden Studienfakultät kann das erforderliche Einvernehmen des Dekans mit der Fachschaftsvertretung nur im Benehmen der Dekane aller beteiligten Fakultäten verweigert werden.
- (7) ¹Auf Vorschlag des Studiendekans entscheidet der Fakultätsrat über eine Mitgliedschaft weiterer Hochschullehrer und wissenschaftlicher Mitarbeiter in einer Studienfakultät. ²Die Mitgliedschaft in der Studienfakultät lässt die Mitgliedschaft in der Fakultät unberührt.

§ 17 Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter

- (1) ¹Die Vertreter der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG) in den Kollegialorganen, Ständigen Kommissionen und Ausschüssen der Technischen Universität München und ihrer Fakultäten bilden den Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter. ²Darüber hinaus können bis zur Anzahl der Hälfte der Mitglieder des Konvents weitere Personen in den Konvent kooptiert werden. ³Für den Fall, dass die Frauenbeauftragte der Universität der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter angehört, ist sie Mitglied im Konvent.

- (2) ¹Der Konvent vertritt die Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter im gesamten Aufgabenspektrum der Universität. ²Er hat das Vorschlagsrecht für die Vertreter der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter in den fakultätsübergreifenden Kommissionen und Ausschüssen.
- (3) Der Konvent kann einmal pro Semester im Einvernehmen mit den Vertretern der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter der jeweiligen Fakultät eine Fakultätsvollversammlung und darüber hinaus eine Vollversammlung aller wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter der Technischen Universität München einberufen.
- (4) Der Konvent kann sich eine Geschäftsordnung geben.

Fünfter Teil

§ 18

TUM Distinguished Affiliated Professors

¹International bekannten Wissenschaftlern, in der Regel Hochschullehrern an ausländischen Universitäten oder Mitgliedern wissenschaftlicher Akademien, die langfristige intensive Beziehungen zu den Fachkollegen der Technischen Universität München pflegen und ihr Fachgebiet international wesentlich geprägt haben, kann die Technische Universität München die Ehrenprofessur „TUM Distinguished Affiliated Professor“ verleihen. ²Über die Verleihung dieser Ehrenbezeichnung entscheidet der Präsident im Einvernehmen mit dem Erweiterten Hochschulpräsidium und dem Senat.

§ 19

Gastprofessoren und Gastwissenschaftler

¹Rechte und Pflichten von Mitgliedern der Universität haben auch Gastprofessoren und Gastwissenschaftler, die auf Antrag einer Fakultät oder einer zentralen wissenschaftlichen Einrichtung mit Zustimmung des Hochschulpräsidiums an der Technischen Universität München tätig sind. ²Nähere Regelungen kann das Hochschulpräsidium treffen. ³Gastprofessoren und Gastwissenschaftler werden der Mitgliedergruppe der

Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer (Art. 17 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 BayHSchG) zugeordnet. ⁴An den Wahlen nehmen Gastprofessoren und Gastwissenschaftler nicht teil.

§ 20 Alumni

¹Ehemalige Studierende und Doktoranden, die an der Technischen Universität München einen Studienabschluss oder akademischen Grad erworben haben (Alumni), sind Mitglieder der Universität. ²Sie werden keiner Mitgliedergruppe zugeordnet und nehmen nicht an den Wahlen teil; die Ausgestaltung von Nutzungsrechten bleibt gesonderten Regelungen vorbehalten.

§ 21

Mitglieder der TUM Graduate School, Stipendiaten

- (1) ¹Mitglieder der TUM Graduate School haben die Rechte und Pflichten von Hochschulmitgliedern und sind der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter (Art. 17 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 BayHSchG) zugeordnet. ²Sie nehmen an den Wahlen zu den Organen nicht teil, sofern sie nicht ein Wahlrecht aufgrund gleichzeitiger weiterer Mitgliedschaft in der Technischen Universität München haben.
- (2) ¹Graduierte Nachwuchswissenschaftler, die ein Stipendium für Zwecke der wissenschaftlichen Weiterqualifizierung erhalten und mit Zustimmung des Hochschulpräsidiums in einer Fakultät oder in einer zentralen wissenschaftlichen Einrichtung mit Zustimmung des jeweiligen Dekans oder der jeweiligen Leitung der Einrichtung länger als ein Semester tätig sind, können längstens für die Laufzeit der Stipendienbewilligung die Rechte und Pflichten von Mitgliedern der Universität erhalten. ²Sie werden der Mitgliedergruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Art. 17 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 BayHSchG) zugeordnet. ³An den Wahlen nehmen sie nicht teil.

§ 21a

Mitglieder der TUM School of Governance

¹Die wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeiter der Hochschule für Politik München haben die Rechte und Pflichten von Mitgliedern der TUM School of Governance. ²Sie nehmen an Wahlen nicht teil, sofern sie nicht ein Wahlrecht aufgrund gleichzeitiger weiterer Mitgliedschaft in der Technischen Universität München haben.

§ 21b

Zweitmitgliedschaft der dem TUMCS zugeordneten Professoren

Die gemäß Art. 1 Abs. 2 Satz 1 Campus-Straubing-Gesetz (CSG) dem TUMCS zugeordneten Professoren können in entsprechender Anwendung des Art. 27 Abs. 3 BayHSchG als Zweitmitglied in einer jeweils fachnahen Fakultät der TUM aufgenommen werden.

§ 22

Ombudsfrau/Ombudsmann

Der Senat wählt auf Vorschlag des Hochschulpräsidiums einen Ansprechpartner für die Mitglieder der Hochschule, die Vorwürfe wissenschaftlichen Fehlverhaltens vorzubringen haben, und mindestens einen Stellvertreter.

§ 23

Frauenbeauftragte

- (1) ¹Der Senat wählt eine Frauenbeauftragte der Hochschule und mindestens eine Stellvertreterin. ²Für die Wahl wird von den Frauenbeauftragten der Fakultäten, deren Vertreterinnen, den weiblichen Mitgliedern des Senats und drei Studentinnen, die von den weiblichen Mitgliedern des Fachschaffensrates bestellt werden, eine Vorschlagsliste erstellt. ³Die Liste muss von der Mehrheit der Vorschlagsberechtigten unterzeichnet sein. ⁴Kommt auf diese Weise keine Vorschlagsliste zustande, so erstellt der Vorsitzende des Senats die Vorschlagsliste. ⁵§ 5 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.
- (2) ¹Die Fakultätsräte wählen für ihre Fakultät eine Frauenbeauftragte und mindestens eine

Stellvertreterin. ²Eine Vorschlagsliste für die Wahl wird auf einer von der Frauenbeauftragten der Fakultät einberufenen Versammlung der hauptamtlichen Hochschullehrerinnen, der hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und der Studentinnen von diesen erstellt. ³Die Liste muss von mindestens fünf Personen aus dem Kreis der hauptamtlichen Hochschullehrerinnen, der hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und der Studentinnen unterzeichnet sein. ⁴Kommt auf diese Weise keine Vorschlagsliste zustande, so erstellt der Dekan die Vorschlagsliste. ⁵§ 5 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.

- (3) ¹Die Frauenbeauftragten und ihre Stellvertreterinnen werden jeweils zu Beginn des Semesters gewählt, das den Hochschulwahlen folgt. ²Die Amtszeit beträgt zwei Jahre.
- (4) ¹Die Frauenbeauftragte gehört den Ausschüssen des Senats als stimmberechtigtes Mitglied an. ²Die Frauenbeauftragte der Fakultät gehört den Ausschüssen des Fakultätsrates und nach Maßgabe der einschlägigen Eignungsfeststellungssatzung auf eigenen Wunsch der Eignungsfeststellungskommission als stimmberechtigtes Mitglied an.
- (5) Bei Verhinderung der Frauenbeauftragten ist eine schriftliche Stimmrechtsübertragung auf eine gewählte Stellvertreterin für einzelne Sitzungen oder Teile von Sitzungen möglich.
- (6) Die Frauenbeauftragten erhalten im erforderlichen Umfang Räume und Geschäftsbedarf.
- (7) Einmal im Jahr berichten die Frauenbeauftragte der Hochschule gemeinsam mit einem Mitglied des Hochschulpräsidiums dem Hochschulrat und die Frauenbeauftragte der Fakultät gemeinsam mit dem Dekan dem Fakultätsrat über die Fortschritte bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages.
- (8) Die Frauenbeauftragten und die Gleichstellungsbeauftragte sowie weitere mit Gleichstellungsaufgaben betraute Mitglieder der Hochschule bilden die Gleichstellungskonferenz.

§ 24

Beauftragter für Studierende mit Behinderung

- (1) ¹Das Hochschulpräsidium bestellt einen Beauftragten für Studierende mit Behinderung zur Förderung eines barrierefreien Studiums an der Technischen Universität München. ²Der Behindertenbeauftragte ist rechtzeitig über alle universitären behinderten-spezifischen Aktivitäten zu unterrichten und beratend mit einzubeziehen. ³Verwaltung und Fakultäten werden Ansprechpartner benennen, die mit dem Beauftragten für Studierende mit Behinderung eng zusammenarbeiten.
- (2) Zu den Aufgaben des Beauftragten für Studierende mit Behinderung gehören insbesondere
 1. Vereinheitlichung/Berücksichtigung von Prüfungsmodalitäten für behinderte Studierende,
 2. Bereitstellung von Nachteilsausgleichsvorlagen,
 3. Erstellung von Informationsplattformen,
 4. Erhebung der räumlichen/verkehrstechnischen Gegebenheiten an der TUM,
 5. Hilfestellung bei juristischen Fragen und bei Fragen von Fördermöglichkeiten,
 6. Zusammenarbeit mit Behindertenverbänden,
 7. Organisation von Weiterbildungsmaßnahmen/Schulungen der entsprechenden Ansprechpartner.

Sechster Teil Studierendenvertretung

§ 25

Fachschaftenrat

- (1) ¹Dem Fachschaftenrat gehören an
 1. je ein Vertreter oder eine Vertreterin aus jeder Fachschaftsvertretung,
 2. der oder die Vorsitzende und seine oder ihre Stellvertretung,
 3. die zwei Vertreter oder Vertreterinnen der Studierenden im Senat.

²Die Mitglieder nach Satz 1 Nr. 2 und 3 wirken mit beratender Stimme mit.

- (2) ¹Der Fachschaftenrat tagt mindestens einmal im Semester. ²Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der stimmberechtigten Mitglieder des Fachschaftenrates ist dieser binnen 14 Tagen einzuberufen.
- (3) ¹Die zwei studentischen Vertreter oder studentischen Vertreterinnen im Senat sollen den Fachschaftenrat über die Tätigkeit des Senates und des Hochschulrates, insbesondere über Vorschläge zur Einrichtung und Aufhebung von Studiengängen, die Behandlung von Studien- und Prüfungsordnungen sowie von Berufungen im Senat informieren. ²Die zwei studentischen Vertreter oder studentischen Vertreterinnen im Senat sollen dem Senat und Hochschulrat über die Ergebnisse der Arbeit des Fachschaftenrates berichten.
- (4) Je angefangener 3,5 von Hundert der an der Technischen Universität München immatrikulierten Studierenden, die der Fachschaft angehören, hat der Vertreter der Fachschaftsvertretung im Fachschaftenrat eine Stimme, mindestens jedoch zwei Stimmen.
- (5) Die Wahl des Vorsitzenden des Fachschaftenrates und dessen Stellvertreters sowie die Bestellung der Referenten des Fachschaftenrates wird durch die Geschäftsordnung des Fachschaftenrates geregelt.
- (6) ¹Die Amtszeit des Vorsitzenden des Fachschaftenrates, dessen Stellvertreters und der Referenten des Fachschaftenrates endet mit der Amtszeit des Fachschaftenrates. ²Der Fachschaftenrat kann die Amtszeit der Referenten des Fachschaftenrates abweichend von Satz 1 verkürzen. ³Bis zur Wahl von Nachfolgern führen der Vorsitzende des Fachschaftenrates und dessen Stellvertreter die Geschäfte des Fachschaftenrates sowie die Referenten des Fachschaftenrates die ihnen übertragenen Aufgaben kommissarisch weiter.
- (7) Der Fachschaftenrat kann zur Erledigung seiner Aufgaben weitere, an der Technischen Universität München immatrikulierte Studierende zu seiner Unterstützung heranziehen.

- (8) ¹Der Fachschaftenrat kann mindestens einmal pro Semester eine Versammlung aller Studierenden einberufen. ²Während einer Versammlung pro Semester finden keine Lehrveranstaltungen statt; Tag und Uhrzeit hierfür werden im Einvernehmen mit dem Hochschulpräsidium festgelegt; Tag und Uhrzeit sollen so gewählt werden, dass eine möglichst hohe Teilnahme erreicht werden kann. ³Es können getrennte Veranstaltungen an den Standorten München, Garching und Weihenstephan für die betroffenen Studierenden einberufen werden.
- (9) ¹Der Fachschaftenrat hat das Vorschlagsrecht für die studentischen Vertreter in den fachschaftsübergreifenden Kommissionen und Ausschüssen. ²In Angelegenheiten, die Studium und Lehre betreffen, wird der Fachschaftenrat vom Hochschulpräsidium, in Angelegenheiten, die die Verbesserung der Lehre und die Bewertung von Leistungen der Hochschule in der Lehre betreffen, vom Hochschulpräsidium und vom Hochschulrat angehört. ³Der Fachschaftenrat kann zu der Vorschlagsliste für die Wahl des Vorsitzenden des Hochschulpräsidiums oder die Wahl eines anderen Mitglieds des Hochschulpräsidiums sowie zu den Vorschlägen für die Ernennung des Kanzlers gegenüber dem Hochschulrat Stellung nehmen.

§ 26

Vorsitzender und Referenten des Fachschaftenrates

- (1) ¹Der Fachschaftenrat wählt bei seinem ersten Zusammentreten aus dem Kreis der gewählten Studierendenvertreter der Fakultäten einen Vorsitzenden und dessen Stellvertretung mit der Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder. ²Der Fachschaftenrat kann den Vorsitzenden oder dessen Stellvertretung durch Wahl eines Nachfolgers abwählen.
- (2) ¹Der Vorsitzende des Fachschaftenrates beruft die Sitzungen ein und leitet sie. ²Er führt die laufenden Geschäfte des Fachschaftenrates, soweit diese nicht Referenten zur selbständigen Erledigung übertragen wurden, sowie die ihm vom Fachschaftenrat zugewiesenen Angelegenheiten in eigener Zuständigkeit und vollzieht die Beschlüsse

des Fachschaftenrates. ³Er hat gegenüber dem Fachschaftenrat Bericht über die Tätigkeit, insbesondere über die Verwendung der Haushaltsmittel, zu erstatten; der Fachschaftenrat kann hierüber beraten.

- (3) ¹Der Fachschaftenrat kann an der Hochschule immatrikulierte Studierende mit der Wahrnehmung einzelner Aufgaben als Referenten oder Referentinnen beauftragen. ²Insbesondere werden die finanziellen Angelegenheiten des Fachschaftenrates einem oder mehreren Finanzreferenten übertragen. ³Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 27

Fachschaftsvertretung

- (1) Die Studierendenvertreter einer Fakultät bilden die Fachschaftsvertretung.
- (2) ¹Soweit die Zahl der Studierenden, die Mitglieder einer Fakultät sind, 500 nicht übersteigt, besteht die Fachschaftsvertretung aus zwölf Studierendenvertretern. ²Soweit die Zahl der Studierenden, die Mitglieder einer Fakultät sind, 500 übersteigt, erhöht sich die Zahl der Studierendenvertreter, die die Fachschaftsvertretung bilden, je angefangene weitere 250 um eins. ³Mitglieder der Fachschaftsvertretung sind diejenigen Studierenden in der erforderlichen Anzahl, auf die bei der Wahl der Studierendenvertreter in den Fakultätsrat weitere Sitze entfallen würden. ⁴Die Fachschaftsvertretung wählt aus ihrer Mitte einen Fachschaftssprecher.
- (3) ¹Die Fachschaftsvertretung kann mindestens einmal pro Semester eine Versammlung der ihr angehörenden Studierenden einberufen. ²Während einer Versammlung pro Semester finden keine Lehrveranstaltungen statt; Tag und Uhrzeit hierfür werden im Einvernehmen mit dem Dekan festgelegt; Tag und Uhrzeit sollen so gewählt werden, dass eine möglichst hohe Teilnahme erreicht werden kann.
- (4) Die Fachschaftsvertretung entsendet zu jeder Sitzung des Fachschaftenrates einen Vertreter oder eine Vertreterin aus ihrer Mitte.
- (5) Der Vertreter oder die Vertreterin im Fachschaftenrat informiert den Fachschaftenrat

über die Tätigkeit der Fachschaftsvertretung, insbesondere über die Behandlung von Studien- und Prüfungsordnungen sowie von Berufungen im Fakultätsrat; ebenso informiert er die Fachschaftsvertretung über die Tätigkeit des Fachschaftrates.

- (6) Die Fachschaftsvertretung kann an der Hochschule immatrikulierte Studierende der zugehörigen Studiengänge mit der Wahrnehmung einzelner Aufgaben als Referenten oder Referentinnen beauftragen; das Nähere regelt die Geschäftsordnung.
- (7) Die Bildung mehrerer Fachschaftsvertretungen in einer Fakultät oder einer Fachschaftsvertretung für mehrere Fakultäten wird in Anhang 4 zur Grundordnung festgelegt.
- (8) ¹Wird eine Fachschaftsvertretung für mehrere Fakultäten gebildet, besteht diese aus Teilbereichen, die den Fakultäten entsprechen. ²Die Studierendenvertreter der Teilbereiche werden nach Abs. 2 Sätze 1, 2 und 4 gewählt. ³Teilbereichssprecher ist der Studierendenvertreter im Fakultätsrat, der bei der Wahl die meisten Stimmen erhalten hat. ⁴Die Studierendenvertreter der Teilbereiche wählen aus ihrer Mitte einen Fachschaftssprecher und einen Stellvertreter; die Amtszeit endet mit der Amtszeit der Fachschaftsvertretung.
- (9) ¹Werden mehrere Fachschaftsvertretungen für eine Fakultät gebildet, werden die Fachschaftsvertretungen nach Maßgabe des Abs. 2 von den Studierenden der zugehörigen Studiengänge gewählt. ²Die Vertreter im Fakultätsrat werden getrennt gewählt; sie gehören allen Fachschaftsvertretungen der Fakultät mit beratender Stimme an.
- (10) ¹Der Fachschaftsvertretung obliegt die Wahrnehmung der fakultäts- bzw. studiengangbezogenen Angelegenheiten der Studierenden. ²Die Fachschaftsvertretung hat das Vorschlagsrecht für die studentischen Vertreter in den Kommissionen und Ausschüssen der Fakultät; legt die Fachschaftsvertretung nicht innerhalb eines Monats nach Aufforderung einen Vorschlag vor, benennt der Fakultätsrat einen vorläufigen Vertreter. ³In Angelegenheiten, die Studium und Lehre sowie die Bewertung von Leistungen der Fakultät in der

Lehre betreffen, wird die Fachschaftsvertretung von Dekan und Studiendekan angehört. ⁴Bei Angelegenheiten, die die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen sowie Studien- und Prüfungsordnungen betreffen, insbesondere bei deren Neufassung und Änderung, wird die Fachschaftsvertretung angemessen beteiligt. ⁵Sie kann zu den Vorschlägen zur Wahl des Dekans gegenüber dem Hochschulpräsidium und dem Fakultätsrat Stellung nehmen.

- (11) ¹In Ausschüssen, die über Angelegenheiten beraten, die Studienpläne, Prüfungs- und Studienordnungen oder die Einrichtung oder Aufhebung von Studiengängen betreffen, müssen mindestens zwei stimmberechtigte Vertreter der Studierenden vertreten sein. ²Wird kein Ausschuss gebildet, ist in diesen Angelegenheiten eine gleichwertige Mitwirkung der studentischen Vertretung sicherzustellen. ³Stellungnahmen der Studierendenvertreter in diesen Angelegenheiten sind dem Fakultätsrat, dem Senat und dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit dem Vorgang vorzulegen; wird gegen das Votum der Studierendenvertreter entschieden, ist eine schriftliche Begründung für die Entscheidung vorzulegen.
- (12) Die Fachschaftsvertretung kann sich eine Geschäftsordnung geben.

Siebter Teil

§ 28

Mitwirkung in Berufungsausschüssen

Entpflichtete Professoren und Professoren im Ruhestand sowie Honorarprofessoren der Technischen Universität München können Berufungsausschüssen angehören.

§ 29

Ordnungen

Für die wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten der Universität kann das Hochschulpräsidium im Einvernehmen mit den jeweiligen Leitungen Ordnungen erlassen, die

insbesondere nähere Regelungen über die Organisation, Aufgaben und Benutzung der jeweiligen Einrichtung treffen.

§ 30 Inkompatibilität

¹Mitglieder der Hochschule, die Aufgaben der Personalvertretung wahrnehmen, können nicht einem Gremium der Selbstverwaltung angehören, das für Personalangelegenheiten zuständig ist. ²Sie können bei der Behandlung einzelner Tagesordnungspunkte beratend hinzugezogen werden.

§ 31 Verfahrensbestimmungen

- (1) ¹Die Gremien werden von ihren Vorsitzenden einberufen und geleitet. ²Sie sind verpflichtet, auf Verlangen des Hochschulpräsidiums oder von einem Drittel der Mitglieder zusammenzutreten.
- (2) ¹Die Gremien sind beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. ²Schriftliche Stimmrechtsübertragungen werden bei der Feststellung von Anwesenheit und Stimmrecht von Mitgliedern berücksichtigt.
- (3) Wird ein Gremium zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, weil es das erste Mal beschlussunfähig war, ist es ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten beschlussfähig; bei der zweiten Einladung muss auf diese Bestimmung hingewiesen werden.
- (4) ¹Bei Abwesenheit eines Vertreters einer Mitgliedergruppe ist eine schriftliche Stimmrechtsübertragung für einzelne Sitzungen oder Teile von Sitzungen möglich. ²Bei Mitgliedergruppen mit mehreren Vertretern kann das Stimmrecht nur auf einen Vertreter der gleichen Mitgliedergruppe übertragen werden. ³Mitglieder qua Amt können sich durch

ihre Vertreter im Amt vertreten lassen. ⁴Ein Mitglied eines Gremiums kann nur eine Stimmrechtsübertragung wahrnehmen.

- (5) ¹Die Gremien beschließen mit der Mehrzahl der abgegebenen Stimmen in Sitzungen; Stimmenthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimmen. ²Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (6) ¹Gremien tagen in der Regel nicht öffentlich. ²Die Öffentlichkeit kann im Einzelfall, außer bei Personalangelegenheiten, zugelassen werden.

§ 32 Bibliothek

¹Die Bibliothek ist eine zentrale Einrichtung der TUM. ²Sie umfasst den gesamten Bücherbestand der TUM und gliedert sich in die zentrale Bibliothek und in Teilbibliotheken; diese bestehen insbesondere für Fakultäten. Von der Einrichtung von Teilbibliotheken kann in besonderen Fällen abgesehen werden. ³Für die Einrichtung von Teilbibliotheken für die Fakultäten unterbreiten die Fakultäten Vorschläge. ⁴Dem Buch- und Zeitschriftenerwerb der Teilbibliotheken ist die Titelauswahl in den Fakultäten zugrunde zu legen. ⁵Erwerbungen durch die zentrale Bibliothek und die Teilbibliotheken sind aufeinander abzustimmen. ⁶Die Teilbibliotheken sind grundsätzlich Präsenzbibliotheken.

Achter Teil

§ 33 In-Kraft-Treten, Übergangsregelung^{*)}

- (1) ¹Diese Grundordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2007 in Kraft. ²Art. 98 und 99 BayHSchG bleiben unberührt.
- (2) Die Grundordnung der Technischen Universität München vom 7. September 1999 (KWMBI. II 1/2000 S. 27), zuletzt geändert durch Satzung vom 22. Dezember 2006, tritt außer Kraft.

^{*)} Diese Vorschrift betrifft das In-Kraft-Treten der Satzung in der ursprünglichen Fassung vom 21. August 2007. Der Zeitpunkt des In-

Kraft-Tretens der Änderungen ergibt sich aus der Änderungssatzung.

Ausfertigungs- und Niederlegungsvermerk der Grundordnung der TUM vom 21. August 2007:

Ausgefertigt aufgrund des Eilentscheids des Präsidenten der Technischen Universität München vom 31. Juli 2007 sowie der Genehmigung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 25. Juli 2007 Nr. IX/3-H 2311.TUM.-9c/17 235; zuletzt geändert aufgrund des Beschlusses des Hochschulrats der Technischen Universität München vom 06.12.2017 sowie der Genehmigung des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst vom 19.12.2017, Nr. VII.2-H2311.TUM/3.

München, den 22.12.2017

Technische Universität München

Wolfgang A. Herrmann
Präsident

In Vertretung

Albert Berger
Kanzler

Diese Satzung wurde am 27.12.2017 in der Hochschule niedergelegt; die Niederlegung wurde am 27.12.2017 durch Anschlag in der Hochschule bekannt gemacht. Der Tag der Bekanntmachung ist daher der 27.12.2017.

Anhang 1 zur Grundordnung der Technischen Universität München Studiendekane

§ 1 Fakultät für Mathematik

In der Fakultät für Mathematik wird ein Studiendekan gewählt.

§ 2 Fakultät für Physik

In der Fakultät für Physik wird ein Studiendekan gewählt.

§ 3 Fakultät für Chemie

In der Fakultät für Chemie wird ein Studiendekan gewählt.

§ 4 Fakultät für Wirtschaftswissenschaften

In der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften wird ein Studiendekan gewählt.

§ 5 Ingenieur fakultät Bau Geo Umwelt

¹In der Ingenieur fakultät Bau Geo Umwelt werden Studiendekane für die Bereiche

1. Bau- und Umweltingenieurwesen
2. Geologie
3. Geodäsie und Geoinformation

gewählt. ²§ 14 Abs. 1 gilt entsprechend.

§ 6 Fakultät für Architektur

In der Fakultät für Architektur wird ein Studiendekan gewählt.

§ 7 Fakultät für Maschinenwesen

In der Fakultät für Maschinenwesen wird ein Studiendekan gewählt.

§ 8 Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik

In der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik wird ein Studiendekan gewählt.

§ 9 Fakultät für Informatik

In der Fakultät für Informatik wird ein Studiendekan gewählt.

§ 10

Fakultät Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt

In der Fakultät Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt wird für jede der in Anhang 3 genannten Studienfakultäten je ein Studiendekan gewählt.

Der Aufgabenbereich der Studiendekane erstreckt sich auf alle der jeweiligen Studienfakultät angehörenden Studiengänge.

§ 11

Fakultät für Medizin

¹In der Fakultät für Medizin werden Studiendekane für die Bereiche

1. laufende Geschäfte der Studiengänge und Leitung der Studienkommission
2. Betreuung des Curriculums sowie Studiengangsentwicklung und Leitung der Curriculumskommission gewählt. ²Der Studiendekan nach Ziffer 2 vertritt den Studiendekan nach Ziffer 1 im Vertretungsfall.

§ 12

Fakultät für Sport- und Gesundheitswissenschaften

¹In der Fakultät für Sport- und Gesundheitswissenschaften werden Studiendekane für die Bereiche

1. Bachelor- und Masterstudiengänge
2. Lehramt Sport

gewählt. ²§ 14 Abs. 1 gilt entsprechend.

§ 13

Fakultät TUM School of Education

¹In der Fakultät TUM School of Education werden Studiendekane für die Bereiche

1. Bachelor- und Masterstudiengänge Berufliche Bildung
2. Bachelor- und Masterstudiengänge Naturwissenschaftliche Bildung für das Lehramt an Gymnasien und sonstige Studiengänge der Fakultät

gewählt. ²§ 14 Abs. 1 gilt entsprechend.

§ 14

TUM School of Governance

In der Fakultät TUM School of Governance wird ein Studiendekan gewählt.

§ 15

Fakultätsübergreifende Studienfakultäten

- (1) In der fakultätsübergreifenden Studienfakultät Munich School of Engineering (MSE) wird ein Studiendekan gewählt.
- (2) ¹In der fakultätsübergreifenden Studienfakultät Technische Universität München - Campus Straubing für Biotechnologie und Nachhaltigkeit (TUMCS) wird gemäß Art. 1 Abs. 5 Satz 2 CSG eine für Lehre und Studium beauftragte Person gewählt. ²Die Vorschriften über Studiendekane finden entsprechende Anwendung.

Anhang 2 zur Grundordnung der Technischen Universität München Fakultätsräte

§ 1

Verdoppelung der Anzahl der Vertreter

Dem Fakultätsrat der

1. Fakultät für Maschinenwesen,
2. Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik,
3. Fakultät Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt,
4. Fakultät für Medizin

gehört die doppelte Zahl von Vertretern gemäß Art. 31 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BayHSchG an.

§ 2

Mitwirkung nichtentpflichteter Professoren

Im Fakultätsrat der

1. Fakultät für Mathematik,
2. Fakultät für Chemie,
3. Fakultät für Wirtschaftswissenschaften,
4. Ingenieur fakultät Bau Geo Umwelt,
5. Fakultät für Architektur,
6. Fakultät für Maschinenwesen,
7. Fakultät für Informatik,
8. Fakultät Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt

können alle nichtentpflichtete Professoren der Fakultät gemäß Art. 31 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 BayHSchG beratend mitwirken.

Anhang 3 zur Grundordnung der Technischen Universität München Studienfakultäten

- (1) In der Fakultät Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt werden folgende Studienfakultäten gebildet:
 1. Studienfakultät Biowissenschaften,
 2. Studienfakultät Agrar- und Gartenbauwissenschaften,
 3. Studienfakultät Forstwissenschaft und Ressourcenmanagement,
 4. Studienfakultät Landschaftsarchitektur und Landschaftsplanung,
 5. Studienfakultät Ernährungswissenschaft,
 6. Studienfakultät Brau- und Lebensmitteltechnologie.

- (2) ¹An der Technischen Universität München wird die fakultätsübergreifende Studienfakultät Munich School of Engineering (MSE) gebildet. ²Gem. § 16 Abs. 5 Satz 2 werden notwendige Fakultätszuständigkeiten von der Fakultät für Maschinenwesen wahrgenommen.

- (3) ¹An der Technischen Universität München wird die fakultätsübergreifende Studienfakultät Technische Universität München - Campus Straubing für Biotechnologie und Nachhaltigkeit (TUMCS) gebildet. ²Gemäß § 16 Abs. 5 Satz 2 werden notwendige Fakultätszuständigkeiten vom TUMCS wahrgenommen.

- (4) Die Zuordnung von Studiengängen und Teilstudiengängen zu den Studienfakultäten erfolgt bei ihrer Einrichtung und kann durch Beschluss des Hochschulpräsidiums im Benehmen mit der abgebenden und der aufnehmenden Studienfakultät oder Fakultät geändert werden.

Anhang 4 zur Grundordnung der Technischen Universität München Fachschaftsvertretungen

§ 1

In der Fakultät Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt wird für jede der in Anhang 3 genannten Studienfakultäten eine entsprechende Fachschaftsvertretung für die Studierenden der jeweiligen Studienfakultäten angehörenden Studiengänge gebildet.

§ 2

Für die Studiengänge der fakultätsübergreifenden Studienfakultät Munich School of Engineering (MSE) wird eine Fachschaftsvertretung Munich School of Engineering (MSE) gebildet. Gemäß § 16 Abs. 5 Satz 2 werden notwendige Fakultätszuständigkeiten von der Fakultät für Maschinenwesen wahrgenommen.

§ 3

¹Für die Studiengänge der fakultätsübergreifenden Studienfakultät Technische Universität München - Campus Straubing für Biotechnologie und Nachhaltigkeit (TUMCS) wird eine Fachschaftsvertretung TUMCS gebildet. ²Gemäß § 16 Abs. 5 Satz 2 werden notwendige Fakultätszuständigkeiten vom TUMCS wahrgenommen.